



An den Grossen Rat

21.5280.02

JSD/P215280

Basel, 7. Juli 2021

Regierungsratsbeschluss vom 6. Juli 2021

## **Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Menschen, die nicht links denken, werden diffamiert**

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«Man bekommt den Eindruck, dass heutzutage der Begriff „Verschwörungstheorie“ fast schon inflationär verwendet wird. Wer etwa die Corona-Massnahmen der Regierung kritisiert, bekommt schnell das Etikett „Verschwörungstheorie“ umgehängt. Den Menschen wird auf geradezu perfide Weise Angst gemacht. Es geht nicht nur um den Verlust ihres Geldes oder ihrer Jobs, sondern angeblich ums Überleben. Menschen in Angst und Panik sind einfach zu steuern und zu manipulieren. Wer diese Panikmache gezielt hinterfragt und die offizielle Version in Frage stellt, ist natürlich nicht willkommen. Er wird als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert und lächerlich gemacht. Viele Menschen glauben das, weil sie mit dem Begriff „Verschwörungstheorie“ wenig anzufangen wissen. Alles, was sie wissen, ist, dass dieser Begriff negativ besetzt ist.


Vorwürfe, ein „Verschwörungstheoretiker“ zu sein, werden meistens gegen Menschen erhoben, die politisch rechts der Mitte stehen. Dienen also entsprechende Vorwürfe dazu, den politischen Gegner zu diskreditieren bzw. die politische Deutungshoheit zu erlangen? In der Tat, das ist die erwähnte Einengung des Meinungskorridors, die Diskursverweigerung. Man diffamiert Menschen, die nicht links denken und handeln – und alle, die das nicht tun, sind nach der Mainstreammeinung eben „rechts“ und als Populisten oder „Verschwörungstheoretiker“ zu brandmarken. Und wenn selbst das nicht hilft, dann schwingt man eben die Nazikeule. Im Übrigen: Wie souverän ist eigentlich ein Mensch, wie gefestigt sein Meinungsbild, wenn er Andersdenkende auf diese Weise diffamiert, um seine Deutungshoheit zu behalten?

1. Was tut der Regierungsrat in Basel-Stadt konkret, um die Meinungs-Freiheit zu bewahren?
2. Es ist richtig, Eric Weber darf im Parlament seit 1984 reden. Hat der Regierungsrat ein Weisungs-Befugnis-Recht gegenüber der Staatsanwaltschaft?
3. Wenn Nein, warum trifft sich denn der Regierungsrat in regelmässigen Abständen mit der Staatsanwaltschaft?

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Der Regierungsrat achtet die von der Verfassung geschützte Meinungsfreiheit als zentrales Grundrecht aller demokratischen Gesellschaften. Um andere Personen in ihren persönlichen Verhältnissen und in ihrer Ehre zu schützen, kann diese aber nicht schrankenlos ausgeübt werden, sondern wird vom Zivil- und Strafrecht beschränkt.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin